

Völk-Zeitung

Der Friece mit Amerika.

Annahme der Voran amerikanischen Repräsentantenhaufe.

Washington, 1. Juli. (E.)

Der Friedenszustand zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland wird in wenigen Stunden Tatsache sein. Das Repräsentantenhaus nahm gestern die Entschliessung vor, die in dem Sinne an den Senat gelangt. Es ist mit einstimmiger Annahme, dass dieser ebenfalls eine längere Aussprache annehmen wird und die Resolution am Sonntag oder Sonntagmorgen in der nächsten Zeit vollständig aus dem Ausschuss zurückgezogen werden. Der Präsident hat befohlen, dass die Truppen unmittelbar nach der Unterzeichnung Friedensentscheidungen nach Hause zurückkehren sollen. Resolution wird noch vor dem 4. Juli in Kraft treten, worin Befehl erteilt werden soll, sich die amerikanischen Truppen in Mexiko sofort nach Amerika einschiffen lassen. In dem Bericht wird in Regierungskreisen dargelegt, dass kein Zweifel vorliegt, die amerikanischen Truppen am Rhein belassen, da Deutschland nunmehr den Beweis erbracht hat, dass seine Verpflichtungen nachkommen wollen. Jedoch besteht kein Zweifel, einen weiteren Vormarsch in deutsches Gebiet anzutreten. Natürlich hat Frankreich die englische

lische und die französische Regierung von dieser Angelegenheit herabhängt, damit diese für Erfolg der amerikanischen Truppen im Gebiete von Koblenz durch andere alliierte Streitkräfte Vorbehalte treffen können.

Amerikas neuer Zolltarif.

500-700 Millionen Dollars Jahresertrag.

New-York, 1. Juli.

Der neue amerikanische Zolltarif soll etwa 500 bis 700 Millionen Dollars im Jahre einbringen. Der feinergezielte Vertrag wurde gestern im Repräsentantenhaus vorgelegt. Es ist das umfangreichste Zollgesetz, das jemals in Amerika verabschiedet worden ist. Der Text umfasst mehr als 5000 in Amerika verbotene Waren, die bisherige herkömmliche Zolltarife werden gegenüber den bisherigen herkömmlichen Zolltarifen im wesentlichen unverändert bleiben. Das neue Zollgesetz enthält auch die Bestimmungen für drei Jahre die Einfuhr von Waren aus anderen Nationen soll für diese Einfuhr von Waren aus anderen Nationen ein Recht werden. Der Präsident ist ermächtigt, mit den anderen Staaten Verhandlungen einzuleiten und Handelsverträge abzuschließen, sobald er meint, dass dies im Interesse des Staates liegt. Das neue Gesetz ermächtigt die sogenannte Tarifkommission, Untersuchungen darüber anzustellen, welche Handelsmethoden sich die anderen Länder bedienen. Ebenso wird sie das Recht haben, alle Güter, die nach den Bestimmungen des Gesetzes importiert werden, zu prüfen. Vorgehen ist, dass der Wert der Einfuhr auf der Grundlage des amerikanischen Marktpreises festgestellt werden soll und nicht auf Grund des Einkaufspreises der fremden Länder. Alle in diesen erzeugten Waren müssen ihre Herkunftszugehörigkeit in englischer Sprache tragen.

Die Folge: Die Zurückführung der Rheinpuppen.

Washington, 1. Juli.

Die amerikanischen Besatzungstruppen werden in der nächsten Zeit vollständig aus Deutschland zurückgezogen werden. Der Präsident hat befohlen, dass die Truppen unmittelbar nach der Unterzeichnung Friedensentscheidungen nach Hause zurückkehren sollen. Resolution wird noch vor dem 4. Juli in Kraft treten, worin Befehl erteilt werden soll, sich die amerikanischen Truppen in Mexiko sofort nach Amerika einschiffen lassen. In dem Bericht wird in Regierungskreisen dargelegt, dass kein Zweifel vorliegt, die amerikanischen Truppen am Rhein belassen, da Deutschland nunmehr den Beweis erbracht hat, dass seine Verpflichtungen nachkommen wollen. Jedoch besteht kein Zweifel, einen weiteren Vormarsch in deutsches Gebiet anzutreten. Natürlich hat Frankreich die englische

Einigung der R. über die Grenzführung Oberschlesiens.

Feststellung des Berichtes bis zum 1. Juli.

Paris, 1. Juli. (E.)

Das Kommando wird gemeldet, dass die Mitglieder der internationalen Kommission sich über den Bericht des Berichtes einig sind, der die Grenzführung in Oberschlesien betrifft. Man hofft, dass dieser Bericht am 10. Juli fertiggestellt sein wird.

Wie der Pressen Vertreter der „De“ aus guter Quelle erfährt, verlautet dort, dass die Frage erregt wird, ob die Einmischung der Stelle eines Reichs- und Staatsrats für die Besetzung in Bezug auf die politische und neuen ihnen mögliche Verantwortungen, die sich aus der letzten Konstitution ableiten lassen, es nicht notwendig erscheint, dass einseitig erachtet wird, in der durch Zentralisierung eine gewisse Einheitlichkeit in der notwendig werdenden Abwicklung sowie auch in der Reorganisation der öffentlichen Verhältnisse geschaffen wird. Zusammenhang mit diesen Erörterungen wird in Pressen der Name des Kammerpräsidenten Kesselring genannt.

Neuer polnisch-italienischer Zusammenstoß.

Watis, 30. Juni.

In Gdansk im Kreis Warber kam es in der letzten Nacht zu einem Zusammenstoß zwischen Italienern und polnischen Insurgenten. Die Italiener waren den Polen gegenüber. Einsprüche fehlen noch.

Der Abbau schreitet fort.

Sindenberg, 30. Juni.

Der Abbau des Kuffandes im Kreis Sindenberg geht weiter. Zaborge ist frei von Insurgenten. Die Verhältnisse nach Gleichgewicht ist heute unbeschwerd. Eine Kontrolle durch die Insurgenten. Nur in den äußeren Stadtvierteln noch Insurgenten.

Eine neue polnische Denkschrift.

Warsch, 1. Juli. (Zena.)

Hier verlautet, dass die polnische Regierung die Unterregierungen eine Denkschrift über die in der zum Abbau getrieben werden soll, dass Polen an der obersteinsten polnischen Auffassung gänzlich unbeteiligt gewesen sei. Die Denkschrift soll jedoch gleichzeitig die Gründe zusammenfassen, die dafür anführen, dass Oberbeschießen Polen zugute sein könnten.

Die Befestigung des Rheinlandes und Ainderhanges. Die Konferenz internationale Konferenz gegen den Abbruch und Ainderhandel wurde gestern vormittag mit einer Rede des Präsidenten des Reiches eröffnet. Außer dem Präsidenten ergreift die Generalsekretärin des internationalen Bureau. Als Ainderhanger, das Wort und gab eine Darstellung der bisher geleisteten Arbeit. Die Konferenz nahm Kenntnis von Bericht Ungarns und Bulgariens zu den Abkommen, die 1904 und 1910 von den Regierungen zur Befestigung des Rheinlandes und Ainderhanges getroffen wurden.

Rosentwilerpropaganda in Nordwesten. Der Rosenhagener „Berlinerische Tidende“ wird aus Stockholm telegraphisch: Die schwedische Polizei hat in Nordwesten Schweden zahlreiche bolschewistische Propaganda-

schriften und Dokumente mit Beschlag belegt. Es wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.

Der Krieg am Marmarameer.

Die Räumung Jemdos „stratenski“.

Paris, 1. Juli.

Der „Reit Parisien“ meldet: Der griechische Generalstab bekräftigt den Verlust von Jemdos, das bereits am 28. Juni von den Russen besetzt wurde. Das Komitee von Jemdos erklärte, dass das nur ein strategischer Rückschlag sei, der vorgenommen sei, um die Streitkräfte vor Jemdos an anderen Punkten der Front besser auszuweichen zu können. Die Besetzung des Dampfers „Berbera“, der bei der Räumung der Stadt mitwirkte, erklärte, dass die Griechen vor ihrem Rückzuge eine Anzahl öffentlicher Gebäude in Brand gesetzt und dass unter der türkischen Bevölkerung Mordtaten stattfanden.

Paris, 1. Juli.

Brand empfing gestern Herr Sami Bey und Richard Bey. Die Besprechung drehte sich um die dem Bundesrat vorgelegenen vorzunehmenden Änderungen. Herr Sami Bey erklärte bei dieser Gelegenheit, dass die Kemalisten nicht die Mächtigen gegen Konstantinopel zu marschieren, sie planten gegen die Stadt feinerer Feindseligkeiten.

Berichtigung des Stimmenerhältnisses im Obersten Rat.

Paris, 1. Juli.

In hiesigen politischen Kreisen herrscht die Ansicht, dass die bevorstehende Erklärung des Friedenszustandes zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland einen sehr wesentlichen Einfluss auf die in Frage stehenden Verhandlungen des Obersten Rates in der oberbeschießenen Frage und in der der Aufhebung der Sanktionen haben wird. Da nach Annahme des Friedenszustandes der Vertreter der Vereinigten Staaten mit voller Gleichberechtigung an den Beratungen teilnehmen und auch sein Stimmrecht ausüben werden.

Dr. Guggenheimer reißt nach Berlin.

Paris, 1. Juli.

Die französischen und die deutschen Schwebereihändler grüßen gestern einen französischen Vorschlag hinsichtlich der Naturalisierungen. Direktor Guggenheimer reiste gestern nach Berlin zurück und wird der Regierung diese Vorschläge zu unterbreiten.

De Nicola italienischer Premier?

Rom, 1. Juli.

Der Kammerpräsident De Nicola wurde mit der Kabinettbildung betraut.

Es besteht nach Mitteilungen aus römischen politischen Kreisen große Wahrscheinlichkeit dafür, dass Colitti die Neubildung des Kabinetts übernehmen wird, trotz der kritischen ablehnenden Erklärung, die er abgegeben hat. Sollte er die Kabinettbildung übernehmen, so wird der Vizepräsident der Außenminister in London, De Martino, beauftragt werden, ein Bericht über die wesentlichen Umfassungen in der italienischen Außenpolitik zu schreiben.

Ein neues Wahlgesetz.

Dr. Hermann Pachtloke, R. d. R.

Zweimal ist nach der Revolution die deutsche Volksvertretung auf Grund eines vorläufigen Wahlgesetzes gewählt worden. Soll zum drittenmal das Wahllorenzium gelten oder soll endlich ein bestimmtes Wahlgesetz geschaffen werden? Dieser Frage wird gegenwärtig unter den Regierparteiern verhandelt. Bei den meisten Parteien hat sich wohl die Überzeugung durchgesetzt, dass die großen Wahlkreise mit den langen Kandidatenlisten nicht das Richtige sind. Bei der Wahlkreise, welche die Neuwahlen herbeiführen, ist es dem Spitzenkandidaten, auf dessen Wahl alle Städte eines großen Wahlkreises, nicht möglich, auch nur alle Städte aufzuführen. Der Abgeordnete verliert die Fühlung mit einem großen Teil der Wählererschaft und die Minoritätorganisation geht dabei zugrunde. Ein weiterer Schaden, unter welchem alle Parteien leiden, liegt darin, dass Interessen möglichst gut, auf der Höhe eines Platz, und zwar einen möglichst guten, auf der Höhe der Wählererschaft, die die Möglichkeit fänden. Bei der Feststellung der Reihenfolge fällt den Parteien eine ungebührlich großer Einfluss auf Kosten der örtlichen Parteivereine zu.

Einer derart unrentablen Entwicklung kann man nur entgegenwirken, wenn man zu kleineren Wahlkreisen zurückkehrt. Der einzige Weg hierzu ist, dass der Mann wählen, dem er die größte Werbestraft zutrifft. Damit tritt die Verbindung zwischen dem Wähler und dem zu Wählenden gelöst. Selbstverständlich muss dabei der Grundsatz der Verhältniswahl gewahrt bleiben, der in der Verfassung verankert ist. Das aber ist möglich, wenn man die einzelnen Wahlkreise zu einem Wahlkreis zusammenfasst, die in jedem einzelnen Kreis ausgebrachten Stimmen für den Verband zusammenrechnet und daraufhin nach einem bestimmten Maßstab die Mandate verteilt.

Die Seelenzahl oder die Wählerzahl auf jeden dieser Einzelwahlkreise zu stellen, darüber kann man streiten. Zu groß darf ein Kreis nicht sein, denn sonst könnte ihn der Kandidat nicht ausrechenend bezeichnen. Stimmte ihn der Kandidat nicht ausrechenend bezeichnen, so dürfte er nicht mehr als 250 000 bis 300 000 Wähler umfassen. Die Seelenzahl der Wahlkreise sollte demnach etwa 250 000 bis 300 000 Wähler umfassen. Die Seelenzahl der Wahlkreise sollte demnach etwa 250 000 bis 300 000 Wähler umfassen. Die Seelenzahl der Wahlkreise sollte demnach etwa 250 000 bis 300 000 Wähler umfassen.

Ein Nachteil hat das vorgeschlagene Verfahren: Der früher Spitzenkandidat war und als solcher eine gute Aussicht hatte, gewählt zu werden, wird als solcher nicht mehr gewählt werden, weil er nicht mehr der Wähler ist, der die Stimmenzahl in einem Wahlkreis bestimmt. Die demnach abgebrachten Stimmen werden zusammengezählt und durch 60 000 geteilt. So viel mal der Wähler in der Wahlkreise aufgeführt, so viel Mandate hat die Partei erlangt. Das erste Mandat entfiel auf denjenigen Wahlkreise, der die höchste Stimmenzahl erreichte. Das zweite Mandat kam demjenigen Wahlkreise zu, der die zweit höchste Stimmenzahl erreichte. Der nach der Teilung verbleibende Rest wird demjenigen Wahlkreise zugeteilt, der die höchste Stimmenzahl erreichte. Der nach der Teilung verbleibende Rest wird demjenigen Wahlkreise zugeteilt, der die höchste Stimmenzahl erreichte.

Als Grundlag muss gelten, dass das Wahlgesetz für das Reich und für Preußen das gleiche ist. Auf der hier vorgeschlagenen Grundlag ist die Lebensreformierung leicht zu erzielen. Die demokratische Reaktion des preussischen Landes trägt einer solchen Lösung zu. Es wäre dringend erwünscht, wenn sich die einzelnen Parteiverbände im Lande mit dieser Frage lebhafter als bisher beschäftigen und ihrerseits dazu beitragen, die Entscheidung herbeizuführen. Erst wenn man weiß, wie sich die künftigen Wahlkreise und Wahlverbände abgrenzen, läßt sich eine richtige Organisation herbeiführen. Der Schwebzustand, wie er jetzt herrscht, hat für alle Beteiligten etwas lähmendes. Im Reichsministerium des Innern haben die Vorarbeiten für ein neues Wahlgesetz viel zu lange gedauert; sie müssen jetzt energisch in Angriff genommen werden.

Der demokratische Einheitskongress. Am 28. Juni fand in Bielefeld ein von allen Teilen des ostfälischen Wahlkreises Dresden-Bayern-Zittau nach beendeter Pflichten tag statt. Der Vorsitzende der künftigen Landespartei, Reichstagsabgeordneter Dr. A. G. (Zittau), hielt einen einleitenden Vortrag über die notwendigen Aufgaben und innerpolitischen Verhältnisse der letzten Woche, der mit starkem Beifall aufgenommen wurde. Daran schloß sich eine sehr lebhafte Aussprache mit einer Reihe wichtiger Anregungen. Im allgemeinen ergab sich Uebereinstimmung mit der von der Reichstags- und Landespartei getriebenen